

■ Physik? Ich brech ab!

HIS-Studie legt neue Zahlen zur Abbruchquote bei den Studierenden vor.

1) U. Heublein, J. Richter, R. Schmelzer und D. Sommer, Die Entwicklung der Schwund und Studienabbruchquoten an den deutschen Hochschulen, HIS: Forum Hochschule, 3/2012, www.his.de/pdf/pub_fh/fh-201203.pdf

2) R. Matzdorf, Physik im Aufwind, Statistiken zum Physikstudium an den Universitäten in Deutschland 2011, Physik Journal, August/September 2011, S. 23

Eines der zentralen Ziele der Bologna-Reform ist es, durch Umstellung auf die gestufte Studienstruktur eine bessere Studierbarkeit zu gewährleisten, also die Zahl der Studienabbrecher deutlich zu verringern. Die neue Studie der Hochschul Informations System GmbH (HIS) zu den Abbrecherquoten (HIS) zu den Abbrecherquoten zeigt, dass dies bislang nur bei den Fachhochschulen gelungen ist, wo die neuen Abschlüsse Bachelor und Master bereits früher als an den Universitäten eingeführt worden sind.¹⁾ Nach der HIS-Studie hat sich der Anteil der Studienabbrecher an Fachhochschulen innerhalb von vier Jahren von 39 auf 19 Prozent mehr als halbiert. Ganz anders dagegen an den Universitäten: Hier sind die Abbrecherzahlen innerhalb von vier Jahren von 25 Prozent auf 35 Prozent angestiegen (Anfängerjahrgang 2002/3 gegenüber 2006/7). Offensichtlich sind an den Universitäten ähnliche Übergangsschwierigkeiten zu bewältigen wie einige Jahre zuvor an den Fachhochschulen.

In der Physik liegt die Studienabbruchquote beim Bachelorstudium bei 39 Prozent und damit im Mittelwert der Fächergruppe „Mathematik/Naturwissenschaften“, die neben Physik/Geowissenschaften noch Mathematik, Informatik, Chemie, Biologie und Geographie umfasst. In dieser Fächergruppe hat die Studienreform den Studienabbruch sogar noch verstärkt. Mit Abstand am höchsten fällt mit einem Anteil von 55 Prozent der Abbruch im Studienbereich Mathematik aus. Das bedeutet, die Mehrheit der Studienanfänger in dieser Studienrichtung schafft keinen Abschluss. Aber auch in Informatik ist der Abbrecheranteil mit 47 Prozent überdurchschnittlich hoch.

Als Ursachen für diesen Trend sehen die Autoren der HIS-Studie fehlende studienrelevante Kenntnisse, etwa in Bezug auf die Mathematik, falsche Erwartungen in Bezug auf das Studium und die anspruchsvollen und zum Teil ver-

dichteten Leistungsanforderungen. Letzteres spielt in den Bachelorstudiengängen sogar eine noch größere Rolle als in den Studiengängen, die mit einem herkömmlichen Abschluss endeten.

Die Studienabbruchquote in Diplom- und Masterstudiengängen an Universitäten beträgt im Falle der Physik 33 Prozent (Bezugsgruppe Absolventen 2010). Doch hier sind die Zahlen noch mit Vorsicht zu genießen, da sich die Zusammensetzung der verschiedenen Studiengänge mit ihren jeweils spezifischen Abbruchquoten im Zuge der Studienreform ständig wandelt. Der Vergleich der von der HIS-Studie veröffentlichten Abbrecherquoten für die Physik mit den Zahlen, welche die Konferenz der Fachbereiche Physik (KFP) jährlich für ihre Studierendenstatistik ermittelt, gestaltet sich eher schwierig.²⁾ Dafür müsste es gelingen, die Zahl derjenigen Studierenden zu ermitteln, die sich in der Physik nur für ein „Parkstudium“ einschreiben. Hier hat die KFP eine Umfrage unter den Fachbereichen gestartet, deren Ergebnisse bei genügend Rücklauf in die kommende Studierendenstatistik einfließen könnten.

Alexander Pawlak

■ Freiheit für die Wissenschaft

Ein neues Gesetz soll außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen mehr Eigenständigkeit und Flexibilität geben.

„Wer Spitzenforscher für sich gewinnen und zukunftsweisende Forschungsprojekte umsetzen will, muss in der Lage sein, flexibel und schnell zu agieren“, ist Bundesforschungsministerin Annette Schavan überzeugt. Aus diesem Grund startete bereits vor mehreren Jahren die Initiative Wissenschaftsfreiheitsgesetz, die noch in diesem Jahr in ein ebensolches Gesetz münden soll. Davon werden alle außer-

universitären Wissenschaftseinrichtungen profitieren, also die Fraunhofer- und Max-Planck-Gesellschaft, Helmholtz-Zentren, Leibniz-Einrichtungen und natürlich die Deutsche Forschungsgemeinschaft.

Zentrale Punkte des nun verabschiedeten Gesetzesentwurfs sind Globalhaushalte für die Personal-, Sach- und Investitionsmittel und größere Handlungsspielräume für Personal, Unternehmensbeteiligungen und Bauvorhaben. So wird es zum Beispiel möglich, für die Gehälter von wissenschaftsrelevantem Personal auch Drittmittel aus nicht-öffentlichen Quellen einzusetzen, um exzellente Köpfe halten zu können. Bei Unternehmensbeteiligungen profitieren die Wissenschaftseinrichtungen von einem vereinfachten Genehmigungsverfahren mit klar geregelten Fristen. Um Forschungsbauten zügiger zu verwirklichen, erhalten die Einrichtungen mehr Selbstständigkeit und Eigenverantwortung, wenn sie selbst über den für Baumaßnahmen erforderlichen Sachverstand und ein adäquates Controlling verfügen. Aus Sicht der Wissenschaftsorganisationen sind dies entscheidende Voraussetzungen, um national und international weiter erfolgreich zu sein, denn sie müssen im internationalen Wettbewerb immer schneller und flexibler auf aktuelle Herausforderungen reagieren. Eigenverantwortliches Handeln wird immer wichtiger, juristische und bürokratische Hemmnisse erweisen sich als immer nachteiliger.

Der neue Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Horst Hippler, begrüßte den verabschiedeten Entwurf zum Wissenschaftsfreiheitsgesetz: „Die Wissenschaft braucht diese Freiheiten, denn so können bedarfsgerecht die Rahmenbedingungen für optimale Leistungen geschaffen werden.“ Bis zum 31. Dezember 2012 soll das neue Gesetz in Kraft treten. (MP)